



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

Es kommt auf jeden Einzelnen an –  
Entschlossen und solidarisch der gesund-  
heitlichen Notlage entgegentreten

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Saarlandes

Tobias Hans

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 3. November 2020

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

---

Herr Präsident,

meine Damen und Herren Abgeordnete,

liebe Saarländerinnen und Saarländer,

acht Monate leben wir jetzt schon in einem Ausnahmezustand. Die Corona-Pandemie hat in kurzer Zeit den gesamten Erdball erfasst. Wann, wie und mit welchen Folgen sie an ihr Ende kommt, weiß niemand.

Eine erste Phase dieser Pandemie haben wir gut bewältigt. Aber jetzt wird es wieder stürmisch und ungemütlich. Die Pandemie hat eine Dynamik entwickelt, wie wir es noch vor wenigen Wochen, ja vor ein paar Tagen kaum für möglich gehalten hätten. Ich erinnere daran: Ende September warnte Bundeskanzlerin Merkel, dass wir bis Weihnachten tägliche Neuinfektionen in Höhe von 19.000 befürchten müssen. Die Reaktion vielfach: ungläubiges Kopfschütteln über die vermeintlich unangebrachte Panikmache. Und wo stehen wir heute, sieben Wochen vor Weihnachten? 19.059 Neuinfektionen meldete das RKI letzten Samstag.

Meine Damen und Herren, spätestens dann, wenn die Wirklichkeit der Phantasie davonläuft, muss uns bewusst sein: Die Lage ist ernst.

Sie ist dramatisch in ganz Europa. Die 7-Tage-Inzidenz erreicht zum Teil schwindelerregende Höhen: in Frankreich über 400, in Luxemburg, Belgien und Tschechien über 700. Auch wir sind längst im exponentiellen Wachstum der Infektionsentwicklung. Im Sieben-Tage-Mittel kommen inzwischen mehr als 14.000 Infektionen pro Tag hinzu. Der Höchstwert in der ersten Phase Anfang April lag bei ca. 6.500. Die Zahl der Regionen, die den kritischen Grenzwert von 50 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen überschreiten, liegt – Stand 31.10. – bei 346. Noch nie zuvor lagen so viele der 412 Regionen in Deutschland gleichzeitig über der Obergrenze.

Und bei uns im Saarland ist es nicht besser. Die Zahl der aktiv Infizierten betrug im Saarland am 1. Oktober 126. Am 31. Oktober waren es 2.189. Das ist mehr als das 17-fache. Sie verdoppelt sich fast wöchentlich. Die Zahl der täglichen Neuinfektionen hat die 300er-Marke schon gebrochen. Die Höchstzahl in der ersten Phase betrug 179 am 2. April dieses Jahres. Und das ist nicht nur das Ergebnis von mehr Testungen. Die Positivrate bei den Testungen steigt permanent an. Ebenso die Hospitalisierungen. Die Zahl der stationär behandelten COVID-19 Patienten ist

von 3 am 1. Oktober auf 153 am 31. Oktober gestiegen. Das ist mehr als das 50-fache. Die der intensiv behandelten von 1 am 1. Oktober auf 36 am 31. Oktober.

Dabei schlug sich das Infektionsgeschehen hier im Saarland über Wochen nicht in einer steigenden Sterberate nieder. Die drei Wochen vom 29. September bis zum 19. Oktober blieb die Zahl der Todesfälle konstant bei 177 – das, obwohl sich die Zahl der Infizierten in diesem Zeitraum bereits mehr als verachtfacht hatte. In den letzten zwei Wochen dann fast 20 Verstorbene. Das zeigt: Zuerst kommt der Anstieg der Neuinfektionen. Dann steigen die Hospitalisierungen, und es kommt schließlich auch zu Sterbefällen. Das Virus lässt sich nicht auf jene Bevölkerungsgruppen eingrenzen, die eher mit leichten Verläufen rechnen können. Es lässt sich nicht auf eine harmlose Seite reduzieren. Irgendwann dringt es auch in die Gruppe der gefährdeten Menschen ein, wenn man die Ausbreitung nicht bremst. Irgendwann entfaltet das Virus eine bedrohliche Seite. Das ist nur eine Frage der Zeit. Steigende Infektionszahlen – das zeigt die Entwicklung in den letzten Tagen – sind zuverlässige Vorboten tödlicher Krankheitsverläufe.

Das zeigen uns auch die Simulationsmodelle, wie sie Wissenschaftler der Klinischen Pharmazie an der Universität des Saarlandes entwickeln. Diese Simulationen sagen schon für diesen Monat eine Überlastung unseres Gesundheitssystems voraus.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer akuten gesundheitlichen Notlage. Das muss jedem klar sein. Das sollte vor allem jedem klarwerden, der heute noch meint, COVID-19 sei nicht schlimmer als eine Erkältung. Die Wahrheit ist: Die Lage droht uns zu entgleiten. Es drohen uns Verhältnisse, wie wir sie im Frühjahr etwa in Bergamo gesehen haben: überfüllte Krankenhäuser; zu Notlazaretten eingerichtete Turnhallen; Ärzte, die entscheiden müssen, wer behandelt werden kann und wer nicht; Personal weit über der Belastungsgrenze. Es ist nichts mehr undenkbar. Im Gegenteil, wir sind sehr viel näher an diesen Zuständen, als viele noch glauben.

In der ersten Phase der Pandemie hat sich unser Gesundheitssystem noch bestens bewährt. Man konnte sehen, wenn man es mit dem in anderen Ländern vergleicht: Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Vor allem ist es gelungen, schnell die notwendigen Intensiv- und Beatmungsplätze auszubauen, so

dass hier ein Engpass verhindert wurde. Was uns nun droht, ist allerdings ein Engpass beim Pflegepersonal. Das, meine Damen und Herren, wird die Achillesferse in den kommenden Wochen sein.

Dabei stelle ich eins ganz klar: Es ist keineswegs so, dass wir hier in den letzten Jahren untätig gewesen wären. Wir haben vor vier Jahren den Pflegepakt ins Leben gerufen und die Pflegeausbildung neu geregelt. Wir waren das erste Bundesland, das den Beruf des Pflegeassistenten mit zweijähriger Ausbildung geschaffen hat. Wir haben gemeinsam mit den Krankenkassen für mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern gesorgt und ein Pflegestellenförderprogramm initiiert. Wir haben für das Bundesgesundheitsministerium die Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe (DeFA) im Saarland angesiedelt, um ausgebildete Pflegefachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Und zwar aus Ländern, in denen ein Überschuss an diesen Kräften besteht und kein Mangel. Die ersten Pflegekräfte aus Mexiko arbeiten schon seit Anfang Oktober in saarländischen Kliniken. Gerade hier im Saarland haben wir intensiv daran gearbeitet, den Pflegenotstand in unseren Kliniken zu beheben.

Aber die Herausforderungen, vor die uns Corona nun stellt, waren in dieser Weise nicht vorhersehbar. Niemand konnte diese vorhergesehen. Insofern ist es jetzt nicht die Zeit für gegenseitige Schuldvorwürfe. Jetzt ist die Zeit, gemeinsam Lösungen zu finden, um drohendes Unheil abzuwenden. Und da bin ich für jeden konstruktiven Vorschlag dankbar.

Es gab einige Vorschläge, die jetzt unmittelbar umgesetzt werden können. Die Situation duldet keinen Aufschub. Planbare Operationen müssen verschoben werden, um Personal für COVID-19 Patienten verfügbar zu machen. Dadurch entstehende Erlösausfälle müssen kompensiert werden. Hierzu müssen wir wieder die Freihaltepauschalen einführen. Denn es droht zudem der finanzielle Kollaps vieler Kliniken. Aus diesem Grund brauchen wir auch einen Rettungsschirm für unsere Krankenhäuser. All das habe ich beim Bund eindringlich eingefordert.

Wir haben noch die Chance, das Schlimmste zu vermeiden. Wir können der Pandemie die Stirn bieten. Dies jedoch nur, wenn wir jetzt der Wirklichkeit ins Auge sehen, wenn wir entschlossen handeln und uns erneut ein Höchstmaß an Disziplin, an Durchhaltevermögen und an Zusammenhalt auferlegen.

Meine Damen und Herren, am Mittwoch vergangener Woche haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer gemeinsam mit der Bundeskanzlerin beschlossen, das öffentliche Leben in ganz Deutschland wieder ein Stück weit herunterzufahren. Im Gegensatz zu den vorherigen Zusammenkünften herrschte diesmal große Einigkeit. Es herrschte Einigkeit darüber: Nur in einem einzigartigen gemeinsamen nationalen Kraftakt können wir die vor uns stehende Herausforderung bewältigen. Und das Bemerkenswerte daran: Alle Parteien, die in den Landesregierungen vertreten sind – also CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP und die Linke – alle wirken geschlossen mit.

Und wenn bei uns im Saarland auch die Städte, Gemeinden und der Landkreistag ihre aktive Mitwirkung an diesem Kraftakt zugesagt haben und alle – auch die große Mehrheit hier im Parlament – gemeinsam mit uns an einem Strang ziehen, dann ist das ein ganz starkes Zeichen der Geschlossenheit und der Entschlossenheit in unserem Land und für unser Land. Und dafür, meine Damen und Herren, bin ich sehr dankbar.

Hintergrund für die Beschlüsse der MPK sind die Erkenntnisse, über die wir in Bezug auf das aktuelle Pandemie-Geschehen verfügen. Diese Erkenntnisse lauten: Erstens, bei circa 75 Prozent aller Infektionen kennen wir den Infektionsweg nicht. Zweitens, der restliche Teil der Infektionen findet weitgehend im privaten Bereich statt. Und dies nicht mehr in einzelnen klar identifizierbaren Hotspots. Dies vielmehr in der gesamten Breite der Gesellschaft.

Aus diesem Grund sehen wir – solange uns kein Impfstoff einen anderen Weg aus der Krise weist – in dieser Situation die einzige Möglichkeit zur Pandemie-Eindämmung in einer spürbaren Reduktion der Kontakte. Denn es gilt die ganz einfache Formel: Je weniger Kontakte, desto geringer die Verbreitung des Virus.

Von daher kann ich auch an alle Saarländerinnen und Saarländer nur nochmal appellieren, so wie ich es im Frühjahr bereits getan habe: Orientieren Sie sich bitte nicht nur an dem, was erlaubt und was in den kommenden Wochen nicht erlaubt sein wird. Reduzieren Sie auch unabhängig davon, wo es irgend möglich ist, freiwillig Kontakte mit anderen Menschen.

Wenn ich höre, dass jetzt am Wochenende vor Inkrafttreten der neuen Beschränkungen manche nochmal kräftig auf die Pauke hauen mussten, ja, dass sogar eine als Kulturveranstaltung getarnte Hochzeitsfeier von der Polizei aufgelöst werden

musste, dann zeigt mir das: Die Botschaft ist noch nicht bei allen angekommen. Der Ernst der Lage ist noch nicht jedem klar.

Ich weiß, gerade uns Saarländerinnen und Saarländern fällt es besonders schwer, auf das gemeinsame Feiern zu verzichten. Aber es hilft alles nichts. Es geht jetzt nicht ohne dieses Höchstmaß an Disziplin, an Durchhaltevermögen und an Zusammenhalt.

Meine Damen und Herren, am Freitag vergangener Woche hat der Ministerrat die Beschlüsse der MPK mit der Bundeskanzlerin umgesetzt.

Die getroffenen Maßnahmen sind besonnen und angemessen. Sie sind klar ausgerichtet auf das Ziel, eine möglichst große Wirkung zu entfalten und möglichst geringen Schaden in Kauf zu nehmen. Sie sind darauf ausgerichtet, zentrale, lebenswichtige Bereiche unserer Gesellschaft – insbesondere Bildung und Wirtschaft – aufrechtzuerhalten und alles, was für ein paar Wochen nicht zwingend ist, herunterzufahren. Das ist der Kern unseres Notstandsmodus, in den wir unser Land für den Monat November versetzen müssen. Damit unterscheiden sich unsere Maßnahmen in weiten, in zentralen Bereichen vom Lockdown im März dieses Jahres.

1. Wir lassen Schulen und Kitas offen. Das dort bestehende Infektionsrisiko nehmen wir aus zwei Gründen in Kauf: Erstens darf die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen nicht abermals unter einem Lockdown leiden. Zweitens wollen wir Eltern nicht noch einmal solch außerordentlichen Belastungen aussetzen, wie es im März und April der Fall war. Im Zuge dessen werden wir in Bezug auf Schulen und Kitas ganz eng am Puls des Geschehens bleiben. Wir werden die Hygienekonzepte permanent überprüfen und optimieren. Dabei hilft uns auch das Wissenschaftsprojekt SaarCoKids, das wir gemeinsam mit der Universität des Saarlandes und dem Uni-Klinikum durchführen. Bei diesem Projekt werden die Interaktionsaktivitäten der Kinder auf mögliche Infektionswege hin untersucht, ebenso die Infektionsanfälligkeit und der Immunitätsstatus der Kinder. Und anhand von gezielten Testungen wird die Wirkung der Hygienekonzepte evaluiert. Dies, um anhand wissenschaftlich basierter Erkenntnisse das Infektionsgeschehen an den Kitas und Schulen zu minimieren. Ungeachtet dessen treiben wir die Digitalisierung der Schulen weiter voran. Damit wappnen wir uns für den Fall, dass Schulklassen oder gar ganze Schulen für eine gewisse Zeit in Quarantäne müssen. Wir wollen jeden Pandemie-bedingten Unterrichtsausfall vermeiden.

2. Groß- und Einzelhandel bleiben geöffnet – wenn auch unter Auflagen. Betriebliche Existenzen sollen so wenig wie möglich gefährdet werden. Sie haben unter dem ersten Lockdown mehr als genug gelitten.

3. Geöffnet bleiben diesmal – unter Berücksichtigung der Kontaktbeschränkungen – auch öffentliche Spielplätze, Wildparks, Zoos und Bibliotheken.

4. Auf Ausgangsbeschränkungen verzichten wir.

5. Gegenseitige Besuche werden nicht gänzlich untersagt. Wir wollen, dass sich Freunde und Verwandte weiterhin treffen können. Insbesondere sollen ältere Menschen mit ihren Kindern und Enkeln zusammenkommen dürfen. Niemand soll unter Einsamkeit leiden müssen. Wir beschränken das allerdings auf kleine, sehr überschaubare Gruppen. Denn es gilt: Mit wachsender Gruppengröße steigt die Zahl der möglichen Kontakte um ein Mehrfaches.

Die Unterschiede zum Lockdown des Frühjahrs sind also beträchtlich und durchaus substantiell. Es bleibt wesentlich mehr erlaubt und geöffnet als damals. Das bedeutet gleichzeitig aber auch: Wir müssen den Schwerpunkt der Kontaktreduzierung in anderen Bereichen schaffen. Und das ist insbesondere der Freizeitbereich.

Deshalb gelten seit Montag diese Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung:

- Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit ist nur mit den Angehörigen des eigenen und eines weiteren Hausstandes oder des familiären Bezugskreises gestattet und auf eine Obergrenze von maximal 10 Personen beschränkt.
- Im privaten Raum gilt jetzt die Kontaktbeschränkung für die Angehörigen eines Haushaltes plus zusätzlich 5 Personen aus einem weiteren Haushalt oder dem familiären Bezugskreis.
- Auf nicht notwendige private Reisen ist ab sofort zu verzichten. Übernachtungsangebote im Inland dürfen nur noch für notwendige und nicht touristische Zwecke zur Verfügung gestellt werden.
- Geschlossen werden auch Einrichtungen der Freizeitgestaltung – also Theater, Opern, Konzerthäuser und Museen, Messen, Kinos, Freizeitparks, Prostitutionsstätten, öffentliche und private Sportanlagen, Schwimm- und Spaßbäder, Saunen und Thermen. Außerdem bleiben Clubs und Diskotheken geschlossen, Spielhallen, Spielbanken, Wettvermittlungsstellen sowie Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen müssen schließen.

- Medizinische Behandlungen durch Heilmittelerbringer und Gesundheitsberufe bleiben weiter möglich. Mit Ausnahme der Friseure werden aber alle körpernahen Dienstleistungen verboten, wie sie in Kosmetikstudios, Massage-Praxen, Tattoo-Studios und ähnlichen Betrieben erfolgen.
- Geschlossen werden jetzt auch alle Arten von Gastronomiebetrieben. Hier ist lediglich die Lieferung und Abholung von Speisen für den Verzehr zuhause erlaubt.
- In Geschäften darf nicht mehr als ein Kunde pro 10 qm Zutritt zu den Verkaufsflächen erhalten.
- Außerdem hat das Verkaufsverbot für Alkohol zwischen 23.00 und 6.00 Uhr weiter Bestand.

Diese Maßnahmen sind gestern in Kraft getreten. Wie vereinbart, sollen sie bis Ende November in Kraft bleiben, um ihre Wirkung zu entfalten. Nach zwei Wochen werden wir uns in der Ministerpräsidentenkonferenz zusammen mit der Bundeskanzlerin erneut beraten und die bis dahin erreichten Ziele beurteilen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vornehmen. Die saarländische Rechtsverordnung gilt deshalb vorläufig bis zum 15. November und wird in zwei Wochen demensprechend angepasst und verlängert.

Auch wenn diese Maßnahmen nicht so weitgehend sind wie die im Frühjahr, so wissen wir doch: Es gibt Branchen und Bereiche, die unter diesen Einschränkungen außerordentlich leiden. Das bewegt mich sehr und fällt nicht nur mir sehr, sehr schwer.

Ich denke an die Gastronomie und das Hotellerie-Gewerbe. Dem ersten Lockdown sind bereits Betriebe zum Opfer gefallen. Und viele von denen, die es gerade so geschafft haben, müssen jetzt erneut um ihre Existenz bangen. Und dies, obwohl sie alle Auflagen erfüllt und wirkungsvolle Hygienekonzepte entwickelt haben.

Das Gleiche gilt für die Kultur- und Veranstaltungsbranche. Ich möchte dies an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Mit welcher Kreativität, mit welchem Engagement und mit welchem Herzblut viele Kulturschaffende und Veranstalter das kulturelle Leben unseres Landes auch unter schwersten Bedingungen aufrechterhalten haben, das ist unser aller höchste Anerkennung wert. Aus diesem Grund ist es – und da spreche ich für die gesamte Landesregierung – für uns sehr schmerzlich, wenn diese Branche nun erneut von unseren Maßnahmen so hart betroffen ist.



Ich weiß, was das im Einzelnen bedeutet. Ich bekomme ja Briefe und E-Mails von den Betroffenen. Ich werde angerufen, ich spreche mit den Menschen, die mir ihre Not schildern. Die mir sagen: „Ich habe jetzt alles getan, um das Infektionsrisiko zu minimieren, und muss jetzt dennoch abermals zumachen.“ Ich kann Ihnen nur sagen: Das tut richtig weh, wenn man all das hört. Und ich weiß, die Betroffenen schmerzt die Situation sicherlich noch weit mehr.

Aus diesem Grund habe ich mich auch in der Ministerpräsidentenkonferenz für außerordentliche Bundeshilfen zugunsten dieser Bereiche eingesetzt. Der Bund wird hier seine Hilfsmaßnahmen zur Entschädigung der Ausfälle verlängern und im Rahmen einer Überbrückungshilfe III verbessern. Er wird betroffenen Selbstständigen, Soloselbstständigen und Unternehmern Hilfen in Höhe von bis zu 75% ihres Umsatzes aus November 2019 gewähren. Für Unternehmen, die starken saisonalen Schwankungen ausgesetzt sind – das haben Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Bundesfinanzminister Olaf Scholz ja schon angekündigt – ist auch denkbar, als Bezugsrahmen für den Umsatz den durchschnittlichen Vorjahresumsatz 2019 zugrunde zu legen. Jedenfalls werden wir als Land da, wo die Unterstützung des Bundes nicht ausreicht, einspringen und zusätzliche Landeshilfen gewähren. Wir werden die Gastronomie, die Kulturschaffenden und die Veranstalter in dieser Situation nicht alleine lassen.

Vor allem erwarte ich aber vom Bund, dass diese Hilfen jetzt zügig und zeitnah umgesetzt werden. Langwierige, komplizierte Antrags- und Genehmigungsverfahren sind jetzt das letzte, was unsere Unternehmen brauchen.

Meine Damen und Herren, viel wurde in den letzten Tagen und Wochen über die richtige Strategie zur Pandemiebekämpfung diskutiert. Auch in der Wissenschaft liegen die Meinungen hierzu zum Teil sehr weit auseinander. Als Regierung sind wir aber angewiesen auf den Rat und die Empfehlungen aus der Wissenschaft. Aus diesem Grund greifen wir zurzeit wieder permanent auf unsere Expertenkommission zurück und stehen im engen Austausch mit den Wissenschaftlern der Universität und des Uni-Klinikums. Und von dieser Seite werden wir unisono bestärkt in unseren Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, uns ist klar: Auch diese Maßnahmen bedeuten einen nicht unerheblichen Eingriff in zentrale Grundrechte. Darüber sind wir uns zu jedem Zeitpunkt bewusst, und damit versuchen wir auch so sorgsam wie möglich umzugehen. Ich erinnere daran: Zu den ersten Lockerungsmaßnahmen aus dem

Lockdown gehörte im Frühjahr die Teilaufhebung des Versammlungs- und Demonstrationsverbotes. Wir waren die ersten in Deutschland, die das taten. Es war damals und ist auch heute unsere feste Überzeugung: Das Versammlungsrecht als Königsrecht der Demokratie darf gerade in solchen Situationen nur so wenig eingeschränkt werden, wie unbedingt nötig. Gerade in einer solchen Ausnahmesituation müssen die Menschen auch gegen unsere Maßnahmen öffentlich demonstrieren können.

Es gibt Bürgerinnen und Bürger, den gehen unsere Maßnahmen viel zu weit. Sie bestreiten die Legitimität und die Legalität unserer Maßnahmen mit dem Verweis auf die Unantastbarkeit der Grundrechte auch in einer Situation wie dieser.

Anderen wiederum geht das alles nicht weit genug. Sie fordern von uns noch strengere Regelungen und verweisen dabei auf ihr Recht, vom Staat in ihrer körperlichen Unversehrtheit geschützt zu werden.

Meine Haltung dazu ist klar: Als Staat, als Regierung stehen wir in der Pflicht, beiden Anforderungen gleichzeitig gerecht zu werden und je nach Lage mehr in die eine oder mehr in die andere Richtung zu tendieren. Je stärker ein großer Teil der Menschen in seiner Gesundheit gefährdet ist, desto mehr müssen wir auch Grundrechte einschränken, soweit dies in Bezug auf die Gefahrenabwehr verhältnismäßig ist. Und je mehr diese Gefährdung abnimmt, desto eher müssen wir auch die Einschränkungen wieder zurücknehmen.

Ganz in diesem Sinne bewerte ich auch die Rolle der Justiz. Wir als Exekutive legen größten Wert darauf, stets rechts- und verfassungskonform zu handeln. Insofern ist eine Rechtsprechung, die unser Handeln in dem einen oder anderen Punkt korrigiert, für uns eine willkommene Klarstellung. Dies umso mehr, als der weitaus größte Teil unserer Maßnahmen eben nicht von der Justiz außer Kraft gesetzt wird, demgemäß also rechtskonform ist.

Kurz: Die Mitwirkung der Justiz in den letzten Monaten der Pandemiebekämpfung ist für uns Zeugnis einer funktionierenden Gewaltenteilung und eines funktionierenden Rechtsstaates.

In diesem Zusammenhang darf ich auch die Mitwirkung des Parlaments ansprechen. Es ist natürlich richtig, wenn von Abgeordneten des Deutschen Bundestags – allen voran vom Bundestagspräsidenten höchst selbst – die Beteiligungsrechte des Parlaments in Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Pan-

demiebekämpfung eingefordert werden. Und als saarländische Landesregierung begrüßen wir es auch, dass wir heute gemeinsam das Corona-Maßnahmen-Gesetz hier im Landtag beschließen, das die Position der Legislative in Ausnahmesituationen wie dieser Pandemie deutlich stärkt. Und ebenso, dass der Landtag derzeit das Gesetz zur Kontaktnachverfolgung vorbereitet. Je mehr alle Verfassungsorgane aktiv mithelfen, eine solche Herausforderung zu meistern, desto sicherer ist der Grund, auf dem wir uns als Landesregierung bewegen.

Meine Damen und Herren, vielfach wird in den letzten Tagen behauptet, in dieser zweiten Phase der Pandemie hätte die Akzeptanz der Bevölkerung für unsere Maßnahmen deutlich nachgelassen. Es wird von wachsendem Unmut und schwindendem Vertrauen berichtet. Und in der Tat: Die Kritiker unserer Politik artikulieren sich auf den Straßen und im Internet sehr viel deutlicher, als es noch im Frühjahr der Fall war.

Allerdings habe ich den Eindruck, dass die große Mehrheit hinter unseren Maßnahmen steht. Laut dem letzten Deutschlandtrend der ARD – das war noch vor den jetzt beschlossenen Maßnahmen – hält mehr als die Hälfte der Menschen in unserem Land die Maßnahmen für angemessen, mehr als dreißig Prozent halten sie sogar für nicht weitgehend genug. Und nur 15 Prozent finden die Einschränkungen überzogen. Meine Damen und Herren, ich lese daraus eine breite Zustimmung in der Bevölkerung für unser Handeln. 15 Prozent Kritiker sind angesichts der Beschränkungen, die wir verfügen, sehr überschaubar. Und auch wenn die Zahl der Skeptiker im Laufe der letzten Monate gegenüber dem ersten Lockdown etwas angewachsen ist, dann ist das eher verständlich. Dann ist das für mich das Zeichen einer gewissen Normalisierung. Schließlich verlangen wir in dieser Zeit von den Menschen sehr viel.

Deswegen – so meine ich – sollten wir die Kritiker unserer Politik auch nicht stigmatisieren. Es ist das gute demokratische Recht eines jeden, eine andere Überzeugung zu haben als die Regierung und die Mehrheit der Bevölkerung. Wir sollten müssen aber stets darauf achten, die ohnehin schon bestehende Spaltung in unserer Gesellschaft nicht noch weiter zu vertiefen. Wir brauchen den demokratischen Dialog auch zwischen Kritikern und Befürwortern unserer Politik. Aus diesem Grund werde ich auf diese Kritiker zugehen. Wir werden uns Dialogformate überlegen, wie wir mit Andersdenkenden ins noch mehr ins Gespräch kommen können. Ich bin daran ernsthaft interessiert.

Meine Damen und Herren, die Pandemie wird irgendwann an ihr Ende kommen. Sehr viel länger – davon bin ich überzeugt – wird uns die Krise beschäftigen, die diese Pandemie ausgelöst hat und immer noch auslöst. Ich befürchte: Unsere Saarwirtschaft wird sich nur sehr, sehr allmählich von den tiefen Einschnitten erholen. Schließlich befinden wir uns zudem noch mitten in einem harten Strukturwandel. Ich denke, wir stehen vor einer Herausforderung, die nicht geringer ist als die der Kohle- und der Stahlkrise. Und wenn eines gewiss ist in diesen Tagen, dann dies: Wir werden diese Krise nur in einem gemeinsamen, einem gemeinschaftlichen Kraftakt bewältigen.

Aus diesem Grund werde ich eine neue Saar-Gemeinschaftsinitiative ins Leben rufen. Und hierzu werde ich nicht nur alle tragenden Akteure der Saarwirtschaft einladen wie die Kammern, die Verbände, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber. Auch die Vertreter wichtiger politischer und gesellschaftlicher Einrichtungen wie die Religionsgemeinschaften, Lehrer- und Schülervertretungen, die Hochschulen, Vertreter der Ärzteschaft und der Krankenhäuser, die Kommunen etc. sollen mit an diesen Tisch kommen. Im Geiste des saarländischen Weges möchte ich im engen Schulterschluss mit all diesen Akteuren Lösungen für den Weg aus der Krise in eine gute Zukunft für unser Land erarbeiten. Ich denke, das sind wir alle miteinander diesem Land schuldig.

Meine Damen und Herren, das ist mein Blick in die weitere Zukunft. Unmittelbar vor uns liegt jedoch nun die drängende Aufgabe, die Corona-Pandemie einzudämmen. Ich hoffe und bin guter Zuversicht, dass uns dies mit unseren Maßnahmen in den kommenden vier Wochen gelingen wird. Wenn nicht – was wir nicht ausschließen können – dann müssen wir gegebenenfalls unseren Kurs noch ein Stück weit verschärfen. Etwas Anderes wird uns dann nicht übrigbleiben. Wenn doch, dann werden wir auch wieder Lockerungen vornehmen. Dies allerdings so, dass wir in den kommenden Monaten ein gleichmäßiges, konstantes Infektionsgeschehen erreichen. Mit einer dauerhaften 7-Tage-Inzidenz von 50 können wir leben. Dann können wir auch die flächendeckende Kontaktnachverfolgung gewährleisten und die Pandemie unter Kontrolle halten. Spätestens dann werden etwa die Hygienekonzepte der Gastronomie oder der Kulturbranche wieder gebraucht werden. Diese Anstrengungen waren also keineswegs umsonst. Wir werden auch die Entwicklung neuer technischer Mittel fördern. Beispielsweise, um die Kontaktnachverfolgung anhand digitaler Instrumente zu ermöglichen. Wir setzen auch darauf, dass wir in großem Umfang Antigen-Tests einsetzen können.

Ein konstantes Infektionsgeschehen ist, wie mir Wissenschaftler der Saar-Uni bestätigt haben, ein durchaus realistisches Ziel. Auf keinen Fall aber werden wir uns damit abfinden, dass die Infektionen weiter oder zu einem späteren Zeitpunkt wieder ungebremst in die Höhe schnellen. Denn mit dem Virus leben lernen, das kann und darf nicht bedeuten, dass wir das Sterben an COVID-19 hinnehmen.

Meine Damen und Herren, es stehen uns schwere Wochen bevor. Das Wetter, das in der ersten Phase im Frühling noch unser Freund und Helfer war, wendet sich jetzt im Herbst und Winter gegen uns. Es werden Wochen sein, in denen viele wieder um ihre Liebsten bangen müssen. Wochen, in denen das Personal in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen, in den Arztpraxen fast schon Übermenschliches leisten muss. Wochen, in denen wir alle mehr als bisher Verzicht üben, Rücksicht nehmen und zusammenhalten müssen. Das Virus ist ein Naturereignis, das nicht mit sich verhandeln lässt. Das uns unnachsichtig vor außergewöhnliche Belastungen stellt. Das taub ist für alles, was wir wünschen und begehren. Das aber nicht unbesiegbar ist. Wir werden ihm die Stirn bieten. Es kommt jetzt auf jeden Einzelnen an.